

Der neue deutsche Botschafter in Paris geht auf Distanz zur Russlandpolitik, die er mitprägte

Stephan Steinlein war schon einmal auf demselben Posten – für die DDR

REWERT HOFFER, BERLIN

Wenn es Zeichen des Himmels gibt, dann war das eins: Als Stephan Steinlein beginnt, über die deutsche Russlandpolitik der letzten 20 Jahre zu sprechen, verdunkelt sich der Himmel und ein heftiger Platzregen geht auf Berlin nieder. Fünf Tage bevor Steinlein am Montag seinen Posten als deutscher Botschafter in Paris antritt, konnte ihn die NZZ in einem Café im Westberliner Stadtteil Schöneberg treffen. Das Medieninteresse an Steinlein ist gross. Denn er ist der einzige deutsche Botschafter der Nachkriegszeit, der jemals zwei Staaten auf demselben Posten repräsentiert hat. 1990 wurde er mit 29 Jahren zum letzten Botschafter der DDR in Paris ernannt. Im wiedervereinigten Deutschland setzte er seine Diplomatenlaufbahn fort.

Steinlein machte schnell Karriere als zweiter Mann hinter dem jetzigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, der zunächst unter Gerhard Schröder das Kanzleramt leitete und später viele Jahre als Angela Merkels Aussenminister amtierte. Steinmeier gilt als einer der Architekten der gescheiterten deutschen Russlandpolitik, er trieb den «Wandel durch Verflechtung» mit Moskau voran. Und Steinlein war 22 Jahre lang sein engster Mitarbeiter.



Lange Zeit war Stephan Steinlein der engste Berater von Frank-Walter Steinmeier, dem heutigen Bundespräsidenten. THOMAS IMO/IMAGO

Nur sechs Wochen im Amt

Die erste Zeitenwende seines Lebens erlebte Stephan Steinlein aus der Ferne. Anfang 1990, nach den Massenprotesten gegen die DDR in Leipzig, ging Steinlein nach Strassburg. Der ordinierte Pfarrer hatte dort ein Doktoratsstudium der Theologie begonnen. In Strassburg lernte er auch seine Frau kennen, eine Französin. Nach den ersten demokratischen Wahlen im März 1990 rückten viele von Steinleins Bekannten aus der Opposition auf einmal in wichtige Positionen des untergehenden Staates auf.

Einer seiner Kommilitonen wurde Staatssekretär im Aussenministerium. «Der hat mich gefragt, ob ich nicht Botschafter in Paris werden möchte. Sie suchten Leute, die vertrauenswürdig waren.» Als Steinlein gefragt wurde, gingen die meisten davon aus, dass die Wiedervereinigung noch zwei oder drei Jahre dauern würde. «Am Ende war ich sechs Wochen Botschafter der DDR in

Paris.» Sein Akkreditierungsschreiben hat Steinlein noch nicht einmal mehr übergeben. Noch im selben Jahr begann er als Mitglied des ersten gesamtdeutschen Jahrgangs seine Diplomatenausbildung in Bonn. «Ich fühlte mich erfahrener als meine gleichaltrigen westdeutschen Kolleginnen und Kollegen. Wir hatten ja schon ein Land untergehen sehen, mit allem, was dazugehört.»

Hat ihn die Erfahrung von damals krisenresistenter gemacht, ihn besser auf epochale Umbrüche vorbereitet, wie zum Beispiel den Krieg in der Ukraine? «Damals war klar, dass wir eine Zeitenwende zum Besseren erleben. Es lagen Enthusiasmus und Aufbruchstimmung in der Luft, die jetzt vollkommen fehlen», sagt der 62-Jährige. «Heute habe ich das Gefühl, dass wir schwierigeren Zeiten entgegengehen. Insofern haben wir 2022 eine ganz andere Art von Zeitenwende erlebt.»

Als Frank-Walter Steinmeier 1999 Chef des Bundeskanzleramtes unter Gerhard Schröder wurde, suchte er einen Pressesprecher. Auf Empfehlung eines Journalisten des «Spiegels» bekam Steinlein den Posten. Er wich Steinmeier die nächsten Jahre nicht mehr von der Seite. Ein überzeugter Sozialdemokrat der ersten Stunde war Steinlein nicht. «Ich bin in die SPD eingetreten, als die meisten ausgetreten sind – nach der Agenda 2010.» Infolge der wirtschaftsliberalen Arbeitsmarktreform von Schröder kehrten viele Genossen der Partei den Rücken.

Gescheiterte Ostpolitik

Mit Steinmeier habe ihn immer ein grosses Interesse für Ost- und Mitteleuropa verbunden, sagt Steinlein heute. «Und ich betone Ost- und Mitteleuropa, nicht nur Russland.» In der gesamten deutschen Osteuropapolitik ging es darum,

Russland in eine Friedensarchitektur einzubinden, sagt Steinlein. «Und man muss aus heutiger Sicht klar sagen, dass dieser Versuch gescheitert ist.»

Steinlein ist allerdings bis heute der Ansicht, dass Verhandlungen mit Russland beim Minsker Abkommen notwendig waren. Nur so sei es gelungen, die Ukraine zu einem Zeitpunkt zu stabilisieren, als sie kurz vor einer schweren militärischen Niederlage stand.

Viel über Russland möchte Steinlein nicht sprechen, er will lieber nach vorne blicken, auf seine Zeit in Frankreich. Steinlein ist ein Frankophiler, wie er im Buche steht: Drei seiner vier Kinder sind deutsch-französisch aufgewachsen, alle haben in Frankreich studiert, Steinlein hat mit seiner Familie in den letzten 30 Jahren fast jede Sommerferien in Frankreich verbracht. Im Januar 2022 wurde er zum Offizier der französischen Ehrenlegion ernannt.

Seine Rede schloss er damals mit den Worten: «Wenn es eine zweite Heimat gibt, dann ist Frankreich für mich eine solche geworden.»

Enge persönliche Verbindungen hat Stephan Steinlein auch zu einem anderen deutschen Nachbarland: der Schweiz. Das vergangene Jahr hat er in Genf und St. Gallen verbracht. In der Romandie war er als Berater des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) tätig – und in der Ostschweiz war der «Scholar in Residence» an der Universität St. Gallen. Für das IKRK hat Steinlein nur Lob übrig. Dieses sei immer einer der wichtigsten Ansprechpartner Deutschlands ins Krisenzeiten gewesen.

Verbindungen zur Schweiz

«Ich habe mich ausserdem immer sehr für die Schweiz interessiert und habe dort viele Freundinnen und Freunde. Die Schweiz ist in gewisser Weise ein Europa en miniature», sagt Steinlein. «Sie ist eine sehr gut funktionierende, mehrsprachige Verhandlungsdemokratie, genau wie die Europäische Union.» Hinzu kommen familiäre Beziehungen: Steinleins Grossmutter stammt aus Genf. Anfang des 20. Jahrhunderts wanderte sie nach Berlin aus.

Der 62-Jährige übernimmt den Botschafterposten zu einer Zeit, in der es immer wieder zu Spannungen zwischen Paris und Berlin kommt, etwa in der Verteidigungs- und Energiepolitik. Was die grösste Baustelle in den deutsch-französischen Beziehungen ist, will Steinlein nicht sagen.

«Mit keinem anderem Land arbeiten wir so eng, vertrauensvoll und intensiv zusammen wie mit Frankreich. Rüstungskonvention, der Stabilitätspakt und die Energiepolitik sind alle wichtige Dossiers», meint Steinlein. «Da kann es auch schon einmal sein, dass wir anderer Meinung sind. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir bei all diesen Themen zu guten Lösungen kommen werden.»

Kurz darauf verlässt Stephan Steinlein das Café, schiebt sein Velo noch ein gutes Stück und fährt dann zu seiner Berliner Wohnung, wo die Spedition gerade den gesamten Hausrat einpackt. Die Sonne scheint wieder, vom plötzlichen Gewitter zeugen nur noch einige Pfützen.

Eritrea-Festival mündet in Gewalt

Die schwedische Polizei erlässt Ausweisungsbefehle

INGRID MEISSL ÄREBO, STOCKHOLM

Die Stockholmer Polizei hat am Montag gegen zwei Personen Anzeige wegen Brandstiftung erhoben. Sie gehörten zu den tausend Demonstranten, die das Kulturfestival Eritrea Scandinavia am Donnerstag gestürmt hatten. Einige der mit Steinen und Stecken bewaffneten Chaoten griffen die Polizei an, andere stürmten Zelte oder zündeten Autos und Stände an. Bei den Schlägereien, Steinwürfen und Bränden wurden über 50 Personen verletzt, unter ihnen 3 Polizisten. 200 Personen wurden vorübergehend festgenommen; gegen 15 von ihnen wurden Ausweisungsbefehle erlassen – sie sind laut der Polizei als Touristen nach Schweden eingereist, um an den Protesten teilzunehmen.

Deckmantel für Propaganda

Die regimekritischen Gegner des Kulturfestivals, das seit rund 25 Jahren veranstaltet wird, sehen darin ein Instrument der eritreischen Diktatur. Solche Veranstaltungen rund um die Welt sollen dem Regime satte Gewinne einbringen. Am Wochenende war ein ähnliches

Festival in Toronto geplant. Nach blutigen Zusammenstössen zwischen den Organisatoren und Regimekritikern, die neun Verletzte zur Folge hatten, strich die kanadische Stadt die Bewilligung für das Kulturfestival.

Vor einem knappen Monat war es auch im deutschen Giessen zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen. Gegner einer Kulturveranstaltung gingen mit Flaschen, Steinen und Rauchbomben auf die Ordnungshüter los und verletzten mindestens 26 Polizisten. Laut den Demonstranten soll es sich auch beim Giessener Event um eine verkappte Propagandaveranstaltung des eritreischen Regimes gehandelt haben. Das afrikanische Land, das 1993 nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg von Äthiopien unabhängig wurde, wird seither von Staatspräsident Isayas Afewerki mit eiserner Hand gesteuert.

In Schweden kam es bereits früher zu regimekritischen Protesten gegen das Eritrea-Festival. Die Demonstranten nahmen die Veranstaltung wiederholt zum Anlass, um für die Freilassung des schwedisch-eritreischen Doppelbürgers Dawit Isaak zu kämpfen. Der Journalist und Schriftsteller sitzt seit fast 22

Jahren im Gefängnis – ohne Urteil und ohne Prozess, nicht einmal eine Anklageschrift liegt vor.

Staatsfeind Nummer eins

Isaak war 1987 nach Schweden geflohen, wo er die Staatsbürgerschaft erhielt. Nach Kriegsende kehrte er in seine alte Heimat zurück, wo er die unabhängige Zeitung «Setit» mitbegründete, die sich für Meinungsfreiheit einsetzt. Mit seinen Artikeln für demokratische Reformen und eine Öffnung Eritreas wurde Isaak zum Staatsfeind Nummer eins. Im September 2001 wurde er in der Hauptstadt Asmara zusammen mit weiteren Journalisten und Oppositionspolitikern verhaftet und in eines der berüchtigten Gefängnisse gesteckt. Wo er ist, wie es ihm geht und ob der heute 58-Jährige überhaupt noch lebt, weiss niemand.

Sämtliche Versuche Schwedens, den Regimekritiker freizubekommen oder zu besuchen, sind gescheitert. Das Regime in Asmara betrachtet den Gefangenen als eritreischen Staatsbürger und verweigert jedes Entgegenkommen. 2017 wurde Dawit Isaak mit dem Pressefreiheitspreis der Unesco ausgezeichnet.

IN KÜRZE

Vorerst keine Militärintervention in Niger

(dpa) · Nach Ablauf eines Ultimatums an die Putschisten in Niger ist ein von den Nachbarstaaten angedrohter militärischer Angriff zunächst ausgeblieben. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) teilte mit, dass sie auf einem Sondergipfel in Nigerias Hauptstadt Abuja am Donnerstag über die Lage in Niger beraten wollte. Ende Juli hatte das Militär den demokratisch gewählten Präsidenten Bazoum entmachtet und die Verfassung ausser Kraft gesetzt. Der Putsch löste in der Region starke Spannungen aus. Die 15 Staaten umfassende Ecowas forderte die Junta ultimativ auf, die verfassungsmässige Ordnung wiederherzustellen und Bazoum wieder einzusetzen. Ein Sprecher der Junta erklärte am Sonntag im Fernsehen, jeder Versuch, den Luftraum zu verletzen, werde sofort beantwortet.

Polnischer Grenzschutz fordert mehr Soldaten

(dpa) · Der polnische Grenzschutz will seine Kräfte an der Grenze zu Weissrussland um weitere 1000 Soldaten ver-

stärken wegen der vielen Migranten, die irregulär einzureisen versuchten. Der Grenzschutz habe die Armee um die Abordnung der Soldaten ersucht, teilte Innenminister Maciej Wasik in Warschau mit. Dem weissrussischen Grenzschutz warf er vor, die irregulären Grenzübertritte von Migranten zu organisieren.

Asylsuchende auf Schiff vor der Küste verbannt

(dpa) · Die britische Regierung hat damit begonnen, Asylsuchende auf einem dreistöckigen Lastkahn vor der Küste unterzubringen. Die ersten Männer wurden am Montag von der südenglischen Stadt Portland dorthin verlegt, wie Medien berichteten. In Portland protestierten manche Menschen gegen den Ankerplatz des Schiffs, andere gegen die Asylpolitik der konservativen Regierung. Premierminister Rishi Sunak will Migranten mit drastischen Gesetzen abschrecken. Wer ohne Erlaubnis das Land betritt, wird in Haft genommen, soll so schnell wie möglich abgeschoben werden und darf nicht mehr Asyl in Grossbritannien beantragen. Die Zahl irregulär eingereister Asylsuchender war 2022 auf 45 000 angestiegen, obwohl konservative Kräfte erklärt hatten, mit dem Brexit werde die Migration abnehmen. Seither gibt es allerdings auch kein Rücknahmeabkommen mit der EU mehr.